

Mehr als Reparaturen

Warum sich die Volksparteien verändern müssen,
um erfolgreich zu bleiben

PETER TAUBER

Geboren 1974 in Frankfurt am Main, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Einer der Lieblingssätze von Volker Kauder geht ausgerechnet auf den Sozialdemokraten Kurt Schumacher zurück: „Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.“ Die Wirklichkeit betrachten, genau das ist zu tun, wenn wir über die Zukunft der Volksparteien, insbe-

sondere der CDU, sprechen. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Über den Status quo der Parteien gibt es grundverschiedene Ansichten. Auf der einen Seite stehen die Schwarzseher, vor allem im politischen Feuilleton, die angesichts nicht zu leugnender Probleme ein Ende der Volksparteien längst für ausgemacht halten. Auf der anderen Seite gibt es Leute, die die unbestreitbare Leistung der Volksparteien in den vergangenen Jahrzehnten in der Bundesrepublik regelrecht verklären und einen Niedergang dieser Institution für

ausgeschlossen halten. Und dann gibt es da noch diejenigen, die meinen, mit dem Drehen an ein paar Stellschrauben könne man die Zukunftsfähigkeit der Volksparteien sichern.

Alle drei Ansichten treffen meines Erachtens nicht zu. Für mich ist klar: *Erstens* können Volksparteien wie die CDU eine Zukunft haben. *Zweitens*: Wenn wir eine Zukunft haben wollen, müssen wir uns verändern. *Drittens*: Die CDU braucht eine Evolution, keine Revolution. Aber diese Evolution muss tiefer gehen als ein paar oberflächliche Reparaturen.

2003 hatte die CDU mit ihrem Beschluss zur Bürgerpartei zuletzt eine große Parteireform angepackt. Seitdem hat sich viel verändert.

MITGLIEDERSCHAFT UND DIE GESELLSCHAFTLICHEN REALITÄTEN

2003 hatten wir noch fast 590.000 Mitglieder, heute sind es rund 460.000 Mitglieder. 1.000 Menschen treten durchschnittlich jeden Monat in die CDU ein, und trotzdem verlieren wir im Saldo Mitglieder. Weniger Mitglieder bedeuten weniger Verankerung vor Ort, weniger kreative Ideen, weniger Einnahmen, weniger Spenden. Ein besonderes Problem ist die Überalterung. Ein Drittel unserer Mitgliederverluste resultiert aus Sterbefällen. Noch Anfang der 1990er-Jahre waren über sechzig Prozent unserer Mitglieder zwischen dreißig und sechzig Jahre alt; nur ein Drittel war über sechzig. Heute ist die Mehrheit älter als sechzig, das Durchschnittsalter liegt bei 59 Jahren.

Veränderungen gibt es auch in unserer Wählerschaft. Wir haben zwar immer noch den stärksten Rückhalt bei den Über-60-Jährigen. Aber seit 1990 ist in jeder Legislaturperiode rund eine Million unserer Wähler verstorben. Ein Problem, das in dieser Schärfe keine andere Partei hat und das uns vor die Daueraufgabe stellt, diese Lücke mit neuen Wählern auszugleichen. Eine weitere wichtige Verschiebung betrifft das Verhältnis von Männern und Frauen unter den CDU-Wählern. Noch bis 2005 wählten mehr Männer als Frauen die CDU. 2013 lag der Frauenanteil unter den CDU-Wählern bei 55,7 Prozent – eine Entwicklung, die unzweifelhaft auch mit der Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin Angela Merkel zu tun hat. Leider hat sich diese Entwicklung nicht auf den Frauenanteil unter den CDU-Mitgliedern übertragen. Seit Jahrzehnten liegt dieser bei rund 25 Prozent. Das bedeutet, unsere Mitgliedschaft bildet in diesem Punkt die Realitäten weder in unserer Wählerschaft noch in unserer Gesellschaft ausreichend ab.

Hinzu kommt: Über fünfzehn Millionen Menschen in Deutschland haben eine Zuwanderungsgeschichte. In der Union spiegelt sich dies nur unzureichend wider. Oft sind sie noch die Exoten in den Kreisverbänden. Ich will, dass die Mitgliedschaft von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte die Regel und nicht die Ausnahme ist. Diejenigen, denen es nicht egal ist,

wie Deutschland morgen aussieht, sind herzlich willkommen, in der CDU mitzumachen.

NEUE CHANCEN FÜR DIE PARTEIEN

Die Veränderungen gehen aber tiefer. Die Digitalisierung hat die Kommunikation zwischen Parteien und Mitgliedern und zwischen Parteien und Bürgern grundlegend verändert. Der Informationsvorsprung, den früher eine Parteimitgliedschaft mit sich brachte, ist heute durch Internet und soziale Medien passé. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung aber auch Chancen für die Parteien: Wir hatten noch nie so viele, so einfache Möglichkeiten, Bürger und Mitglieder multimedial zu informieren oder mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Und mit diesen Möglichkeiten wächst auch der Anspruch unserer Mitglieder, vor allem der Neumitglieder, mitzureden und mitzubestimmen.

Darüber hinaus sehen wir gerade bei jungen Leuten zwei wichtige Entwicklungen: Da ist zum einen die Bereitschaft und die Anforderung zur Mobilität, gerade in der Ausbildung. Für die Parteien heißt das in der Konsequenz: Wie gehen wir mit dem Grundsatz um, dass man nur dort politisch aktiv sein kann, wo man seinen Wohnsitz hat?

Das ist aber auch die zunehmende Bereitschaft der sogenannten Generation Y, also der nach 1980 Geborenen, zugunsten der eigenen Familie auf Karriere zu verzichten – im Beruf genauso wie in der Politik. Das bedeutet übrigens ganz praktisch, dass wir nicht nur bei jungen Müttern auf familienfreundliche Parteiveranstaltungen setzen müssen, sondern auch bei jungen Vätern.

Keine neue, aber immer noch eine schwierige Entwicklung sind die abnehmende Bereitschaft zu langfristigem Engagement und die steigende Bereitschaft, bei einer auftretenden Unzufriedenheit auch jahrzehntelange Engagements kurzfristig zu beenden. Ein Problem, vor dem Gewerkschaften, Kirchen und Vereine ebenso stehen. Positiv ist hingegen die Tatsache, dass diejenigen, die in diese Institutionen eintreten, stärker bereit sind, sich aktiv einzubringen und Ämter und Mandate zu übernehmen. Das haben eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung unter CDU-Mitgliedern wie auch eine Studie der Politikwissenschaftler Markus Klein und Timm Spier unter den Mitgliedern der im Bundestag vertretenen Parteien gezeigt.

WIDER DIE PARTEIENVERDROSSENHEIT

Es gibt aber auch eine negative Tendenz, und das ist die Entwicklung, die mit dem Begriff der Parteiverdrossenheit nur oberflächlich umschrieben ist. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass die den Parteien insgesamt zugrunde

liegende Idee allgemein in den vergangenen Jahren offenbar an Strahlkraft verloren hat. Für mich persönlich bleibt es faszinierend, dass sich überall auf der Welt immer wieder Menschen in einer Partei zusammenschließen, um für Interessen zu kämpfen – und dabei eben ganz häufig das Wohl aller Bürger im Blick haben. Insbesondere auch die Interessen derjenigen, die nicht über die Mittel und die Fähigkeiten verfügen, für ihre Interessen zu kämpfen. Es bleibt eine faszinierende Fähigkeit von Parteien, dass sie in der Lage sind, verschiedene Ansichten und Interessen „unter einen Hut“ zu bekommen. Kurt Biedenkopf hat dazu mit Blick auf die Volksparteien treffend gesagt: „Eine Volkspartei repräsentiert nicht nur die Bürger, sie repräsentiert nicht nur deren Interessen, sondern sie repräsentiert vor allem auch deren Widersprüche mit dem Ziel, diese Widersprüche aufzulösen und damit zu politischen Entscheidungen zu kommen.“ Zu dieser Leistung als „Transmissionsriemen“ sind weder andere gesellschaftliche Institutionen noch die direkte Demokratie in der Lage. Gerade in der globalisierten, unübersichtlichen Welt ist diese Fähigkeit von unschätzbarem Wert. Umso bitterer ist es, dass ausgerechnet in dem Moment, in dem Parteien so dringend gebraucht werden, das Vertrauen der Bürger in sie auf den Tiefpunkt gesunken ist.

Befeuert wird dieser Vertrauensverlust durch eine mediale Öffentlichkeit, die Parteien überkritisch gegenübersteht. Wenn ein ARD-Moderator jahrelang mit dem Satz „Wenn Politik auf Wirklichkeit trifft“ für seine Sendung wirbt, wenn das „Partei ergreifen“ für Greenpeace als gut, das „Partei ergreifen“ für die CDU aber als schlecht, wenn jede größere Parteispende als anrüchig betrachtet wird, dann dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn sich tatsächlich immer weniger Leute in Parteien engagieren. Dabei wird seitens der Medien angekreidet, dass der übergroße Teil der 460.000 CDU-Mitglieder ehrenamtlich politisch arbeitet. Das ist in anderen Parteien genauso. Und ohne diese politisch engagierten Bürgerinnen und Bürger würde unsere Demokratie schlichtweg nicht funktionieren. Keine Frage: Zu der Entwicklung eines negativen Images von Parteien haben auch die Parteien selbst und ihre Politiker beigetragen. Deshalb muss klar sein: Die Zukunft der Parteien liegt nicht allein in den Händen der Parteien. Aber sie liegt natürlich vor allem dort.

„MEINE CDU 2017“

Wir als CDU haben uns deshalb vor dem Hintergrund der skizzierten Herausforderungen nach der erfolgreichen Bundestagswahl 2013 entschlossen, uns Zeit für uns selbst nehmen. Darum haben wir eine Kommission unter dem Titel „Meine CDU 2017“ ins Leben gerufen, die unter meiner Leitung im Sommer vergangenen Jahres ihre Arbeit aufgenommen hat. Wir haben uns dabei drei zentrale Ziele vorgenommen: Gemeinsam mit unseren Mitgliedern

wollen wir das inhaltliche Profil der CDU schärfen sowie unsere Organisationskraft und unsere Kampagnenfähigkeit stärken.

Die Arbeit am inhaltlichen Profil betrifft zum einen unsere Programmatik. Deshalb haben wir drei Themen-Kommissionen gegründet, mit denen wir die Tagesordnung der Zukunft schreiben wollen. Die Kommission „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ beschäftigt sich mit der Digitalisierung der Wirtschaft und der Arbeitswelt. In der Kommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität sichern“ geht es um zukunftsfähige Konzepte für fairen Konsum und nachhaltiges Wirtschaften. Die Kommission „Zusammenhalt stärken – lebendige Bürgergesellschaft“ widmet sich einer wichtigen Wertefrage: Was hält unsere Gesellschaft zusammen?

Die Frage des inhaltlichen Profils der CDU geht aber über die thematische Arbeit hinaus. Es geht auch um die Fragen: Was macht uns aus? Was ist die Erzählung der CDU? Und wie transportieren wir diese Erzählung?

Die CDU steht für mich nach wie vor für drei Grundüberzeugungen, die sich ungeachtet aller tagesaktuellen Anpassungen nicht ändern werden. Das christliche Menschenbild wird auch künftig handlungsleitend sein, und zwar über Konfessionsgrenzen hinweg. Wir haben im Oktober vergangenen Jahres eine spannende Veranstaltung im Konrad-Adenauer-Haus mit CDU-Mitgliedern und -Anhängern mit Zuwanderungsgeschichte gemacht. Und gerade die Muslime darunter haben uns gesagt: Das „C“ ist keine Abgrenzung, sondern eine Einladung. Denn auch viele Muslime teilen die Werte, die sich aus dem christlichen Menschenbild ergeben: Barmherzigkeit, Nächstenliebe, die Wertschätzung von Ehe und Familie. So bekommt das „C“ neben der Bindung und beiden christlichen Konfessionen und seiner Wertorientierung eine dritte neue Bedeutung: Es ist eine Brücke und eine Einladung auch für Menschen eines anderen religiösen Bekenntnisses. Die zweite Säule ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie enthält die Botschaft, dass jeder, der sich anstrengt, es zu etwas bringen kann, und dass die, die hinfallen, jemanden finden, der ihnen beim Aufstehen hilft. Die dritte Säule unserer Erzählung ist die Liebe zum Vaterland. Für uns sind Schwarz-Rot-Gold keine beliebigen Farben. Diese drei Grundpfeiler sind für uns identitätsstiftend. Es war und ist die Stärke der CDU, es immer wieder geschafft zu haben, neue Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu geben, ohne dabei diesen ureigenen Markenkern aufzugeben. Darauf sollten wir stolz sein, und diesen Stolz sollten wir auch nach außen zeigen.

Wir Konservativen neigen öfter dazu, etwas zu vorsichtig und zurückhaltend aufzutreten. Dazu haben wir keinen Grund: Wir stellen ganz oft fest, dass wir als CDU auch in Milieus und sozialen Gruppen Anklang finden, in denen wir es selbst nicht für möglich gehalten haben. Aber dafür müssen wir auch dorthin gehen. Es ist richtig, sich im Kreisvorstand regelmäßig mit der örtlichen IHK zu unterhalten. Aber genauso sollten wir gute Kontakte zum Netzwerk der Tagesmütter oder der örtlichen Künstlergruppe pflegen.

OFFENER, JÜNGER, WEIBLICHER, VIELFÄLTIGER

Insgesamt müssen wir als CDU offener, jünger, weiblicher und vielfältiger werden. Dafür müssen wir uns auch mit klassischen Organisations-, Struktur- und Satzungsfragen beschäftigen. Im Mittelpunkt steht dabei die stärkere Wertschätzung der Mitglieder. Da geht es um den Wunsch nach mehr Dialog und mehr Beteiligung. Auch deshalb beteiligen wir unsere Mitglieder auf allen Ebenen und in jeder Phase der Kommissionsarbeit. Da geht es aber auch um den Mehrwert der CDU-Mitgliedschaft insgesamt. Vor allem im Umgang mit neuen Mitgliedern und im Aufbau von künftigen Amts-, Mandats- und Funktionsträgern können wir noch besser werden – etwa durch Patenschafts- oder Mentorenprogramme. Zudem wollen wir das Wissen und die Interessen der Mitglieder noch stärker nutzen und vernetzen.

Für mich ist klar: Nur wenn wir uns ehrlich bewusst machen, welche Stärken und welche Schwächen wir haben, können wir uns zum Besseren verändern. Und nur, wenn wir auf dieser Grundlage unsere Partei verändern, haben wir als Volkspartei eine Zukunft und können erfolgreich bleiben. Dafür müssen wir das bewahren, was uns stark macht, und das verbessern, was schlecht läuft. Wir müssen unseren langjährigen Mitgliedern ebenso eine Heimat bieten wie allen neuen Mitgliedern. Vor allem aber müssen wir offen, selbstbewusst und neugierig sein. So, wie es die CDU immer war.